

hat nur die Verpflichtung, von Aue nach Jägersgrün, also nicht weiter, nicht von Chemnitz nach Aue, nicht von Aue nach Muerbach oder Falkenstein oder über Klingenberg nach Böhmen hinein zu bauen. Ich glaube also, wir handeln mehr im Interesse der Petenten, wenn wir den Termin um drei Monate verlängern und der Staatsregierung die Füglichkeit geben, auch noch mit einer anderen Gesellschaft Unterhandlungen anzuknüpfen. Ich stelle einen Antrag darauf.

Präsident Haberkorn: Die Deputation wird wohl ihren Antrag dahin modificiren, daß es heißt: statt „1. Juni“ „1. September“.

Abg. Mehnert: Meine Herren! Es kann wohl Niemand in dieser Saale sein, der so dringend wünscht, daß der Bahnbau möglichst gefördert werde; es ist darum von der Bevölkerung des Obermuldenthal's 15 Jahre und ebenso von anderen Gegenden petirt worden. Ich gehe nicht auf die Sache selbst ein; aber bei den vorigen Kammern ist beschlossen worden, daß, wenn sich bis zum 1. October 1868 nicht eine Gesellschaft gefunden hätte, dann der Staat bauen sollte. Es ist der Termin verlängert worden und ich habe auch die feste Ueberzeugung, daß die Concessionsertheilung an den Herrn Dr. Stroußberg noch zu Stande kommt; allein wenn das nicht der Fall sein sollte, was sich doch binnen hier und vier Wochen entscheiden wird, so glaube ich, von einer anderen Gesellschaft können wir in dieser Beziehung absehen; das würde meiner festen Ueberzeugung nach ganz unmöglich sein, daß wir noch eine andere Gesellschaft erwarten, und für die Gegend ist es doch eine Beruhigung, wenn wir den Termin nicht weiter hinausstellen und endlich einmal ein Anfang mit diesem Bahnbau gemacht wird. Es ist damals auch von den Kammern vollständig anerkannt worden, daß jene Gegend, die so lange petirt, ein dringendes Bedürfnis in dieser Beziehung hat, und ich hoffe, daß Sie den 1. Juni belassen werden.

Präsident Haberkorn: Der Antrag des Abg. Dehmichen geht dahin, es solle gesetzt werden statt „bis zum 1. Juni“: „bis zum 1. September“. Wird dieser Antrag unterstützt? — Sehr ausreichend.

Abg. Mannsfeld: Ich für meine Person kann mich für den Antrag des Herrn Abg. Dehmichen nicht aussprechen. Es ist bekannt, daß, wie der Herr Vorredner bemerkte, schon auf dem letzten Landtage beschlossen wurde, es solle die Strecke Aue-Jägersgrün auf Kosten des Staates gebaut werden, wenn sich dafür bis zum 1. October 1868 eine Privatgesellschaft nicht finde. Diese Gesellschaft hat sich nicht gefunden; der Staat hat also die Verpflichtung, die fragliche Linie zu bauen. Würde der Termin, der in unserem Antrage gestellt ist und der jetzt auf den 1. Juni 1870 lautet, noch um drei Monate verlängert und

auf den 1. September 1870 verschoben, so wird das Jahr 1870 vorübergehen, ohne daß zum Bau der Staatseisenbahn von Aue nach Jägersgrün Anstalt gemacht wird. Die dortige Bevölkerung wünscht aber dringend, daß endlich einmal zum erwähnten Eisenbahnbau Anstalt gemacht werde; zur Hebung der dortigen Industrie ist jene Eisenbahn dringend nothwendig. Es sind neuerdings, nachdem das Gerücht sich verbreitet hat, daß Herr Dr. Stroußberg von der ihm concedirten Linie absehe und die Verhandlungen mit ihm resultatlos bleiben würden, aus der dortigen Gegend so viel Klagen darüber theils mündlich, theils schriftlich an uns gebracht worden, daß der Bau der mehrerwähnten Eisenbahn Verzögerung nicht länger erleiden kann und darf. Ich muß mich daher auf's Entschiedenste und Dringendste dafür verwenden, daß so bald, als möglich, mit der Ausführung des Baues begonnen werde. Ich kann daher, wie schon erwähnt, dem Antrage des Herrn Abg. Dehmichen nicht beistimmen und bitte um Annahme des von uns gestellten Antrags mit dem darin auf den 1. Juni dieses Jahres festgesetzten Termin.

Staatsminister von Friesen: Meine Herren! Nach diesen Auseinandersetzungen gewinnt die Sache ein ganz anderes Ansehen; da kommt es beinahe darauf hinaus, daß der frühere Beschluß in dieser Beziehung ganz umgestoßen werden soll; das liegt aber wohl nicht in Ihrer Absicht, nachdem der Beschluß des vorigen Landtags, wonach der Staat unter gewissen Verhältnissen bauen sollte, von der Kammer während des jetzigen Landtags wieder aufgegeben worden ist. Jener Beschluß besteht also in der Weise gar nicht mehr; im Gegentheil, es ist ausdrücklich beschlossen worden, daß einer Privatgesellschaft der Bau übergeben werden und dann die Regierung von der Ausführung des vom vorigen Landtage gefaßten Beschlusses entbunden werden soll. Es würde also, wenn man so weit gehen wollte, eine völlige Umänderung des bereits gefaßten Beschlusses der Kammer herauskommen. Die Nachrichten, von denen der Herr Abg. Mannsfeld gesprochen hat, wie ich nicht bezweifeln will, daß sie in der dortigen Gegend verbreitet sind, sind doch nichtsdestoweniger völlig unbegründet; die Verhandlungen mit Dr. Stroußberg sind im Gange; zwar ist noch nicht über alle Punkte eine Vereinigung zu Stande gekommen; aber es liegt bis zu diesem Augenblicke gar kein Grund vor, um mit irgend einer Bestimmtheit anzunehmen, daß eine solche nicht noch zu Stande käme; es ist dies im Gegentheil zu hoffen. Wenn der Herr Abg. Mannsfeld gesagt hat, es müßte in diesem Jahre jedenfalls mit dem Bau einer Eisenbahn dort begonnen werden, so, glaube ich, kommt man am allerwenigsten zu diesem Resultate, wenn man verlangt, daß der Staat bauen soll; denn wir sind jetzt so beschäftigt mit Eisenbahnbauten und durch die Natur der Sache so sehr gezwungen, die begonnenen Eisenbahnen rasch zu fördern, daß wir im Laufe